

## Braun sind die Umzüge in Moers



Die Reichskriegsflagge von 1933 bis 1935 zielt heute oft Demos von Neonazis. (Foto: dpe)

**26,1 km von Duisburg entfernt liegt Kamp-Lintfort. Seit Monaten hat die 37.683 einwohnerstarke Stadt und ganz besonders der Stadtteil Hoerstgen ein waschechtes Neonazi-Problem. Eine Kameradschaft mit dem Namen „Volksgemeinschaft Niederrhein“ ist dort aktiv und wird von einer durchaus wirksamen Figur der neonazistischen Szene unterstützt: Kevin Giuliani. Der aus Moers stammende Neonazi gibt sich bürgerlich und führt ein Umzugsunternehmen.**

Giuliani war über Jahre Teil der Duisburger und Moerser Neonaziszene, konnte aber nur selten ins bürgerliche Milieu hinein wirken. Er versuchte offiziell sich davon los zu sagen, wollte angeblich 2003 mit Hilfe des Programms Exit aussteigen, wohnte zwischenzeitlich in Hamburg, bis er 2009 zurück nach Moers kam und seine politischen Aktivitäten wieder aufnahm. Aus 2011 datieren die letzten Aktivitäten, die das antifaschistische Recherche-Magazin *Lotta* online aufführt. Seit dem 1. Februar 2014 betreibt Giuliani gemeinsam mit seiner Frau Lisa Giuliani das Umzugsunternehmen Möbel & Co. Giuliani. Auf der Homepage heißt es jedoch nur Umzüge Möbel & Co Moers. Die Giulianis scheinen damit durchaus erfolgreich zu sein, erschienen 2016 als unpolitisches Mittelschichts-Paar bei der Doku-Soap Trödeltrupp vom Privatsender RTL 2, dass sie beim Ankauf von Möbeln und einer Einbauküche zeigte.

### Ein eindeutiges Kennzeichen

Aus ihrer Gesinnung machen die Giulianis aber weniger einen Hehl als man es für ein vermeintlich seriöses Umzugsunternehmen annehmen könnte. Lisa Giuliani, hauptver-

antwortlich für das Unternehmen, ist als Geschäftsführerin im Impressum aufgeführt und scheint auf den ersten Blick mit politischen Botschaften nichts zu tun zu haben. Der zweite Blick offenbart schnell, wohin es geht. „Defend Berlin“ postete sie einen Tag nach dem islamistischen Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz in Berlin – mit dem Logo der extrem rechten Identitären Bewegung.

Außerdem haben beide sowohl geschäftliche als auch private Facebook-Profile. Auf beiden veröffentlichte Kevin Giuliani ihren neuen Umzugswagen, den sich die beiden neonazistischen Unternehmer\*innen im Juli zulegten. Auf seinem privaten Profil allerdings wurde sein Kamerad Gerd K. auf eine Besonderheit aufmerksam. Das Kennzeichen des Wagens beinhaltete „HH 1488“, was in der rechten Szene Codes für „Heil Hitler“ (HH) und „Auf Deutschland, Heil Hitler“ (1488) sind. „Nettes Kennzeichen, wusste nicht, dass deine Kinder Heidi und Helmut am 1.4.88 geboren sind“, kommentierte K. mit einigen vor Tränen lachenden Emojis. Dass die Giulianis dem Neonazismus anhängen, lässt sich auch daran erkennen, dass insbesondere Kevin Giuliani sich in der Freizeit in rechter Szene-Kleidung zeigt. Auf seinem privaten Profil posiert er mit einem T-Shirt der Gelsenkirchener Rechtsrock-Band Sturmwehr.

### Giulianis und die Volksgemeinschaft

„Neonazi-Umtriebe machen den Bewohnern von Hoerstgen Angst“ titelte die *NRZ* Mitte Mai dieses Jahres. Der Grund: Auf der Dorfstraße in Hoerstgen tauchten diverse Aufkleber auf. „I love HTLR“ stand auf einem. Am 20. April, Adolf Hitlers Geburtstag, wurde in

### Wohltäter vom Campus



Andi hat es geschafft. Die 1000 Euro-Marke für den Winter-Spiel-Platz ist geknackt. Unser Portrait auf **Seite 2**

### Schicksale aus der Türkei



Der Putschversuch in der Türkei hat das Leben vieler Menschen verändert. Eine Foto-Ausstellung in Duisburg widmet sich zwölf von ihnen. Mehr dazu auf **Seite 7**

### akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: [www.akduell.de](http://www.akduell.de). Auf Facebook findet ihr uns unter [www.facebook.com/akduell/](https://www.facebook.com/akduell/) und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

der Dorfstraße offenbar eine Party zu Ehren des NS-Führers gefeiert. „Im Mittelpunkt der Aufregung steht ein Anwohner der Dorfstraße, der vor Jahren in Moers als Neonazi bekannt war und wegen entsprechender Delikte vorbestraft ist“, heißt es im Bericht der *NRZ*. Dass es sich dabei um Giuliani handelt, ist wahrscheinlich, googlet man seinen Namen in Verbindung mit der Jahreszahl 2017 steht der Bericht weit oben.

Das ist kein Zufall, wenn man auf das Titelbild Kevin Giulianis blickt. Dort prangt in Druckbuchstaben auf einem T-Shirt: „Volksgemeinschaft Niederrhein“. Mit dem selben T-Shirt zeigte sich Giuliani im August dieses Jahres auf einer der größten bundesweiten Neonazi-Aufmärsche. In Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß marschierten in Berlin-Spandau rund 1.000 Neonazis auf. Seit Jahren treibt sie die Verschwörung um, dass Heß nicht Suizid begangen habe, sondern von der Bundesrepublik ermordet worden sei. Giuliani quittierte die Verschwörung auch auf seinem privaten Profil: „Rudolf Hess – Das war Mord. !!!“, schrieb er am 18. August, einen Tag vor dem Aufmarsch. [dpe]

# "Versprochen ist versprochen!"

## Kurzgefasst

### Mieterhöhungen in Wohnheimen

Am 1. März dieses Jahres wurden die Mietpreise für die Studierendenwohnheime des Studierendenwerks in Essen, Duisburg und Mülheim um 20 Euro erhöht. Laut Studierendenwerk ergeben sich die gestiegenen Kosten unter anderem durch umfassende energetische Sanierungsmaßnahmen und durch erhebliche Kostensteigerungen für Strom, Entwässerung, Straßenreinigung und Abfallbeseitigung. Natürlich wurden nicht alle Wohnheime neu saniert. Das Studierendenwerk hat sich aber dazu entschieden, die Preise solidarisch für alle zu erhöhen, damit nicht ein Wohnheim allein auf den Kosten sitzen bleibt. In diesem Zusammenhang von Solidarität zu sprechen ist Quatsch. Verständlicherweise beschwerten sich viele Studierende über die Mietpreiserhöhung. Besonders ärgerlich: Bereits im letzten Jahr stiegen die Mieten um 20 Euro.

Das Essener Studierendenwerk musste viel Kritik einstecken. Zahlreiche Beschwerden wurden per Mail eingereicht und auch auf Facebook machen viele Betroffene ihrem Ärger Luft. „Preis-Leistung steht in keinem Verhältnis. Sozialer Wohnraum? Fehlanzeige“, findet eine Nutzerin. Auch Franziska Witthus schreibt dort: „Bei den Preisen – Finger von lassen! Ihr seid mit einer Wohnung oder WG abseits des Studierendenwerks besser dran!“. Tatsächlich findet man oft Wohnungen zu ähnlichen Preisen mit ebenso guter Lage und mehr Quadratmetern. Das Studierendenwerk versucht als Reaktion auf die Beschwerden, in besonderen Einzelfällen individuelle Lösungen zu finden, zum Beispiel der Umzug in ein günstigeres Wohnheim. Trotzdem bleiben dabei natürlich Einige auf der Strecke. „Sind noch nur 20 Euro“, könnte man denken. Für einige ist das aber nun mal ein großer Unterschied. Vielen fällt es schon schwer genug das Studium und den Lebensunterhalt zu finanzieren, da sind 20 Euro mehr im Monat nicht mal eben so möglich. Essen bleibt dabei kein Einzelfall.

Aber wer ist hier wirklich schuld? Laut dem Studierendenwerk bleiben trotz der seit Jahren steigenden Studierendenzahl die Zuschüsse vom Land gleich und decken gerade einmal 10 Prozent der Gesamtausgaben. In Thüringen beispielsweise bezuschusst das Land die 40.000 Euro teure Sanierung der Studierendenwohnheime mit ganzen 15.000 Euro. Dabei liegt Thüringen im Ranking der reichsten Bundesländer weit hinter Nordrhein-Westfalen. Da fragt man sich doch wie das sein kann. Anscheinend wird erschwinglichem Wohnraum nicht genügend Wichtigkeit beigemessen. Das Nachsehen haben wieder einmal die Studierenden. [seg]



Constantin, Andi und Jana freuen sich über den neuen Spendenrekord von 1000 Euro. (Foto: BRIT)

**Der Essener Campus wäre ohne ihn wie die Uni Mensa ohne Pizza- und Pasta-Station. Andre Brioux – er besteht auf Andi – ist zweifellos ein Uni-Liebling. Seit sechs Jahren sammelt der Rentner auf dem Campus Pfandflaschen (aktuell berichtete). Der Erlös kommt auch in diesem Jahr wieder dem Winter-Spiel-Platz in Essen-Schonnebeck zugute. Aktuell begleitete ihn am Zahntag.**

Es ist 13:45 Uhr an einem Sonntagmittag, als Andi den Fernseher ausschaltet und die Tür seiner kleinen Wohnung nahe des Essener Campus hinter sich zuzieht. Mit steifen Knien steigt er die Treppe hinunter. Einen Führerschein besitzt er nicht. „Um das nachzuholen, bin ich mit 70 Jahren auch zu alt“, sagt Andi. Einkäufe oder seine täglichen Campusbesuche erledigt er mit dem Rad. „Dadurch bleib ich wenigstens körperlich fit“, ergänzt er. Heute geht er zu Fuß, denn es ist ein besonderer Tag für ihn. Und Aufbrüche in besondere Tage beginnen nicht selten mit Fußmärschen.

Sichtlich nervös reibt er sich die Hände, rückt seine fleckenfreie Rot-Weiß-Essen-Mütze zurecht. Darunter blitzt sein weißes, stoppeliges Haar hervor. Geschlafen hat er kaum. Gegen Mitternacht stieg er sogar noch mal auf sein Rad, fuhr durch die Innenstadt, um die letzten Pfandflaschen einzusammeln. „Ich hatte Angst, dass ich mein Versprechen nicht einhalten kann und den Rekord nicht knacke.“

Heute ist es endlich soweit und er wird die vielen orangefarbenen Geldscheine los. Die Uni-Bibliothek ist nur ein Zwischenstopp für ihn. Obwohl er 15 Minuten zu früh und somit überpünktlich ist, tut sich ein flaes Gefühl in seiner Magengrube auf. Drei Tage zuvor hatte er seinen „besten Helfer“ Constantin Schipp eingeladen, ihn an diesem besonderen Tag zu begleiten. Als der 29-jährige Betriebswirtschaftsstudent um die Ecke kommt, verschwindet die Anspannung zwischen seinen Brauen und sein Gesichtsausdruck verwandelt sich in ein erleichtertes Grinsen.

„Ich bin so happy, dass du hier bist“, bedankt sich Andi bei seinem Unterstützer. Gemeinsam mit Jana Hoffmann, 22, die im Auto auf beide

wartet, ist Constantin ehrenamtlich in der Fachschaft für Wirtschaftswissenschaften tätig. „Als wir gehört haben, dass Andi am Campus Pfand für soziale Projekte sammelt, wollten wir ihm helfen“, sagt der Student. Mittlerweile ist es so etwas wie eine Institution für sie geworden, die Flaschen von Veranstaltungen in die Fachschaftsräume für ihn zurückzulegen. „Den Titel des besten Helfers trägt Constantin, weil er mir letztens 46 Dosen gegeben hat“, sagt Andi.

Auf der Fahrt zur Christus Kirche, wo der Saisonstart des Winter-Spiel-Platzes gefeiert wird, versuchen die drei sich die Summe in Leergut vorzustellen. 1000 Euro ist viel. 100 Euro mehr als im vergangenen Jahr. Für diesen Wert musste Andi jeden Nachmittag alle Müllkörbe am Campus abfahren. In Dosen wäre das vielleicht – etwas optimistisch – eine Menge, die gestapelt, womöglich der Höhe des bunten Uni-Turms in Essen gleichen würde.

### Showtime

Als er in die Gemeinde tritt, stürzt David Glauwitz auf ihn zu. Man kennt sich hier. „Unser Projekt ist nur durch Menschen wie Andi möglich“, erklärt der 35-jährige Leiter des Winter-Spielplatzes. Abgesehen von einer Aushilfe auf 400 Euro Basis wird dieser ausschließlich von Ehrenamtler\*innen und Spenden getragen.

Nach einem Handshake-Dauerlauf wie man ihn nur von Delegiert\*innentreffen oder Sportveranstaltungen kennt, wird Andi auf die Bühne gerufen. Mühselig kämpft er sich durch die Traube von Kindern und Spielsachen, für die er das Pfand sammelte.

„Versprochen ist Versprochen! Natürlich habe ich die 1000 Euro in diesem Jahr durch die ganze Hilfe von den Studierenden geschafft“, sagt Andi als er den Projektleiter\*innen den Spendenschein überreicht. Nach dem Applaus klopft Jana ihm stolz auf die Schulter und sagt: „Wenn 2018 alle Fachschaften mithelfen, schaffst du wieder 100 Euro mehr.“ Andi nickt zwar grinsend und zustimmend, sein Blick wirkt aber eher skeptisch: „Bloß keinen Druck aufbauen, liebe Jana. Wobei ich mich darüber natürlich sehr freuen würde.“ [BRIT]

# Keine Verstärkung fürs Hochschulpolitik-Referat



Nach zwei schlecht besuchten Sitzungen war das StuPa fast vollzählig. (Foto: seg)

**Zum ersten Mal nach Auftakt des Wintersemesters tagte das Studierendenparlament (StuPa) im Senatssaal des Essener Campus. Die 37 Parlamentarier\*innen der Universität Duisburg-Essen (UDE) beschäftigte am Donnerstag, 19. Oktober, unter anderem die Wahl einer neuen Referent\*in für das Hochschulpolitik-Referat, der leere Haushaltstopf des StuPa und die Zusammensetzung des Härtefallausschusses.**

Für ihre „beliebte und gut besuchte“ Vortragsreihe Kritik und Kuchen beantragte die Fachschaft Soziale Arbeit finanzielle Unterstützung. „Wir wollen Studierenden die Möglichkeit geben, am 23. November über das Prostituiertenschutzgesetz und dessen Auswirkungen zu diskutieren“, erklärte die Fachschaft die Hintergründe. Dazu sollen Fachreferent\*innen eingeladen werden, unter anderem von der Sexarbeit-Beratungsstelle Madonna e.V. aus Bochum.

Büsra Meryem Göcmen stellte für das internationale Referat einen Antrag zur Vollfinanzierung des Projektes „Orgel trifft Derwisch trifft Klezmer“ bei dem jüdische, islamische und christliche Musik zusammenkommt. Göcmen sagte, es solle „nicht nur den interreligiösen, sondern auch den interkulturellen Austausch [an der UDE] fördern und Gemeinsamkeiten hervorheben“. Auf Nachfrage von Maximilian Schmelzer (Unabhängige Demokraten) erklärte Göcmen, Veranstalter solle neben dem autonomen Internationalen Referat auch Reinald Noisten sein, der Namensgeber vom Ensemble Noisten ist und das Projekt leitet. Alle Finanzierungsanträge wurden allerdings zurückgezogen. AStA-Finanzreferent Pascal Winter

(Jusos) erklärte, dass der StuPa-Haushaltstopf leer sei, es aber die Möglichkeit gäbe, die Anträge bei der kommenden AStA-Sitzung zu stellen, „da der AStA-Haushaltstopf noch fast voll ist“.

## Keine Projektkoordination für die aktuell

Die studentische Zeitung aktuell setzte den Tagesordnungspunkt Wahlen auf das Programm. Zuvor hatte sich die Redaktion bereits bei allen Listen gemeldet und eine neue Projektkoordination gefordert, um organisatorische Aufgaben zu übernehmen und die Redaktion zu entlasten. Seit der Abwahl der vorherigen AStA-Koalition ist kein Referent mehr für die Koordination zuständig. Weil Nils Kriegeskorte (Grüne Hochschulgruppe) über mehrere Jahre als Hochschulpolitik-Referent die Projektkoordination übernommen hatte und keine Einarbeitung nötig gewesen wäre, schlug die aktuell ihn für den Posten vor.

Die Internationale Liste stellte mit Charlotte Nebel eine Gegenkandidatin auf. Über eine Stunde befragten die Parlamentarier\*innen die Kandidat\*innen zu ihren Zielen. Kriegeskorte sagte, er wolle neben seiner Aufgabe als Projektkoordination den aktuell einzigen Hochschulpolitik-Referenten Christian Patz (listenlos) „in seinen Aufgaben unterstützen“ und die Kooperation mit „Partnern wie dem Aktionsbündnis gegen Studiengebühren, dem fzs (Anm. d. Red.: Freier Zusammenschluss der StudentInnenschaften) und anderen Studierendenschaften im Ruhrgebiet“ intensivieren. Nebel erklärte, sie sei zwar neu und kenne den Job noch nicht, wäre aber „lernfähig“ und bekräftigte: „Mir wurde gesagt, was die Aufgaben sind, das kann ich bewältigen.“ Wichtig seien ihr „die Emanzipation der Frau, die seit 20 Jahren stagniert“ und der Kampf gegen den Rechtsruck, weil nun „13 Prozent Nazis im Bundestag sitzen.“ Nach dem ersten Wahlgang erhielt Kriegeskorte 15 Ja-Stimmen und Nebel drei Ja-Stimmen, der zweite Wahlgang fand nicht statt, da Nebel ihre Kandidatur zurückzog. Nach einem weiteren ersten Wahlgang, zu dem Kriegeskorte alleine antrat, verpasste er mit 15 Ja-Stimmen die qualifizierte Mehrheit von 19 Ja-Stimmen. Damit war ein zweiter Wahlgang ausgeschlossen. Die aktuell verbleibt bis auf weiteres ohne Projektkoordination.

Ärger gab es zudem beim Härtefallausschuss, der für Studierende in Notsituationen Darlehen vergibt. Corinna Kalkowsky (Antihelden) beklagte, dass es „unfassbar schwer ist, Termine zu finden“. Mittlerweile tage man jede zweite Woche, weil die entsandten Listen-Vertreter nicht absagen würden. Könne jemand nicht, sollten die Listen eben andere Vertreter\*innen benennen, weil es aktuell „auf Kosten der Beschlussfähigkeit“ gehe. Auch aus dem Präsidium erhielt Kalkowsky dafür Zustimmung. Fabian Franken (Grüne Hochschulgruppe) verdeutlichte die Wichtigkeit des Ausschusses: „Die Lebenssituationen von vielen Menschen hängt davon ab. Da gefährdet man den Lebenslauf von Studierenden.“ [dpe]

## Kommentar

### WAZ auf Kuschelkurs mit AfD

Von Lea Sleiman

Im Sommer teilte die WAZ einen Artikel über den Ladenbesitzer Frank Betke, der gerade seine Gastronomie Franky's geschlossen hatte. Im Franky's in Duisburg fand zuvor regelmäßig der Stammtisch der Alternative für Deutschland (AfD) statt, was von antifaschistischen Aktivist\*innen im Sommer 2016 als Anlass für Graffiti, Flugblätter oder ähnliche Aktionen gesehen wurde. Etwa ein Jahr später wurden die Scheiben des Franky's „mit Äxten“ eingeschlagen, so die WAZ.

Ohne polizeiliche Bestätigung oder Bekenntnisschreiben wird im Artikel auf Vermutung des Betreibers eine direkte Verbindung zu den vorangegangenen Geschehnissen gezogen. Auch eine Spendenkampagne, die die AfD für Betke ins Leben gerufen hatte, verlinkte die WAZ im Artikel. Die Zeitung betonte, und zitiert dabei Betreiber Betke, dass kein Problem in der Bewirtung der AfD, wie anderer Parteien, bestehe. Betke plane eine neue Lokalität zu betreiben, jedoch ohne dort Parteiveranstaltungen zuzulassen.

Am 11. Oktober veröffentlichte nun die Onlineplattform *der Westen*, die wie die WAZ zur Funke Mediengruppe gehört, einen Artikel über den wieder neu eröffneten Imbiss Erika's Braterei an der Aktienstraße in Mülheim, der von Frank Betke übernommen wurde. Im Artikel folgt *der Westen* der in der WAZ geäußerten Vermutung des Betreibers hinsichtlich eines politisch motivierten Hintergrunds zu den eingeschlagenen Scheiben. Im Artikel wird sowohl seine Person als auch Position unkritisch in Szene gesetzt, sein Alltag sogar noch romantisiert.

Von beiden Medien werden damit völkisch-nationalistische und teilweise offen rassistische Positionen als Teil des demokratischen Konsenses dargestellt. Die AfD macht aber regelmäßig durch ihre Vertreter\*innen deutlich, dass sie die allgemeinen Menschenrechte missachtet, Geschichtsrevisionismus betreibt und Ängste gegen Geflüchtete schürt. Außerdem biedern sich viele Politiker\*innen dem extrem rechten Milieu an. Aktuelles Beispiel gefällig? Noch am 18. Oktober teilte der Essener AfD-Politiker Guido Reil auf Twitter einen Artikel des extrem rechten Magazins *Junge Freiheit*.

# Endlich wieder forschen für den Krieg?

**Die rot-grüne Landesregierung hatte 2014 vorgeschrieben, dass alle Universitäten eine Zivilklausel in ihre Grundordnung aufnehmen müssen. Seitdem dürfen sie ausschließlich in zivilen Bereichen forschen. Nun will Schwarz-Gelb wieder ermöglichen, dass an Hochschulen auch zu militärischen Zwecken geforscht werden darf.**

Die Rückabwicklung rot-grüner Politik durch die neue NRW-Landesregierung aus CDU und FDP ist in vollem Gange. Neben Studiengebühren für EU-Ausländer\*innen (akduell berichtete) und der drohenden Wiedereinführung der Anwesenheitspflicht (akduell berichtete) positionierte sich die parteilose Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen nun auch gegen die Zivilklausel. Nach ihrer Vorstellung sollen nordrhein-westfälische Universitäten selbst entscheiden dürfen, ob sie Forschungen im militärischen Bereich betreiben. Statt zentraler Vorgaben seitens der Landesregierung sollten hochschulinterne Gremien entscheiden, betonte sie auch am 16. Oktober gegenüber dem WDR5 Landesmagazin Westblick: „Wir glauben, dass die Hochschulen auch ohne solche Bevormundungen verantwortlich mit ihrer Freiheit umgehen werden und vor Ort selbst am besten entscheiden können, was förderlich für sie ist“, ist sich Pfeiffer-Poensgen in einem Bericht der Ministerien für Kultur und Wissenschaft vom 27. September sicher und möchte damit militärische Forschung zurück an nordrhein-westfälische Universitäten holen.

## Zivilklausel bleibt an der UDE

Die politischen Kontrahent\*innen greifen die Wissenschaftsministerin für die Forderung hingegen scharf an. Dietmar Bell, wissenschaftspolitischer Sprecher der SPD, kritisiert, dass sich unter Schwarz-Gelb von einem „Wertekanon“ verabschiedet werde. Er hält die Zivilklausel nach wie vor für „unverzichtbar“. Im Hochschulzukunftsgesetz heißt es dazu bisher: „Die Hochschulen entwickeln ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt. Sie sind friedlichen Zielen verpflichtet und kommen ihrer besonderen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung nach innen und außen nach.“ Auch die Grünen zeigen klare Kante gegen die Vorstellungen der Wissenschaftsministerin: „Hochschulen müssen dem Frieden dienen und nicht der Rüstungsindustrie“, so Matthi Bolte-Richter gegenüber dem WDR. Besonders kritisiert er, dass Rüstungsforschung mit Steuergeldern finanziert würde. Christian Leye, Parteichef der Linken NRW, geht noch einen Schritt weiter. Neben der Zivilklausel sollten seiner Ansicht nach Lehrstühle für Friedenswissenschaften an Universitäten weiter ausgebaut werden.

An der Universität Duisburg-Essen (UDE) gebe es zur Streichung der Zivilklausel überhaupt keinen Diskussionsbedarf, meint Isabell van Ackeren, Prorektorin für Studium und Lehre. „In den vergangenen Jahren habe ich keine entsprechen-

den Forderungen an unserer Universität wahrgenommen“, sagt sie. Es herrsche also Konsens darüber, dass man keine militärische Forschung betreiben wolle. „Hier sehe ich kein Konfliktpotential, sondern ein gemeinsames Interesse der UDE, auch weiterhin einen Beitrag zu einer friedlichen, demokratischen und nachhaltigen Welt zu leisten“, so die Prorektorin weiter.

Anders als die Wissenschaftsministerin Pfeiffer-Poensgen meint Corinna Kalkowsky, die die Studierenden im Senat der UDE vertritt, nicht, dass die Abschaffung der Zivilklausel mehr Freiheit mit sich bringen würde: „Natürlich kann man glauben, wenn man mehr darf, sei man automatisch freier. Allerdings stehe ich Militär- und Auftragsforschung im Allgemeinen sehr kritisch gegenüber.“ In den Jahren 1997 bis 2012 hat das Bundesverteidigungsministerium beispielsweise Forschungsaufträge in Höhe von 19 Millionen Euro für Wehrtechnik an zivile Hochschulen vergeben. „Damit wird ideologisch dem Marktprinzip und dem Geschacher im Wissenschaftsbereich Tür und Tor geöffnet“, prognostiziert Peter Förster vom Arbeitskreis Zivilklausel Köln. Die Hochschulen würden unter ständiger Unterfinanzierung leiden – zu Lasten der Unabhängigkeit. „Wälzt das Land die Verantwortung für die Entwicklung der Wissenschaften auf die Hochschulen ab, drängt sie Wissenschaftseinrichtungen in ein Wettrennen um die Gunst der Drittmittelgeber und macht damit das Geschäft auch der Rüstungsindustrie und des Militärs.“ Darin sieht auch Kalkowsky ein großes Problem: „Wenn es ein klares Ziel in der Forschung gibt, ist sie nicht mehr ergebnisoffen.“ Dass sich Hochschulen auf solche Auftragsgeschäfte einließen, sei nicht verwunderlich. Unter der neuen Landesregierung könnte auch die Finanzierung durch Unternehmen noch stärker ausgebaut werden. Beide Parteien positionierten sich bereits in ihrem Parteiprogrammen zur diesjährigen Landtagswahl in NRW zugunsten von Drittmitteln.

Der Wegfall der Zivilklausel würde bedeu-

ten, dass an Hochschulen in NRW wieder für die Rüstungsindustrie geforscht werden dürfte. Kritiker\*innen der Selbstverpflichtung für friedliche Forschung wenden jedoch ein, dass viele Unternehmen nicht ausschließlich im militärischen Bereich tätig seien. Bei ausgeschriebenen Projekten sei nicht immer im Vorfeld klar, was genau mit den Forschungsergebnissen passieren wird. Zum Beispiel gehen das Internet und GPS – beide heute maßgeblich im zivilen Bereich genutzt – auf Militärforschung zurück.

## „Man sollte sich gut überlegen, ob es das wert ist“

„Der ‚zivile Nutzen‘ militärischer Forschung ist im besten Fall ein zufälliges Nebenprodukt“, findet dagegen Förster. „Fakt ist: Im Fall von drittmittelfinanzierter Forschung wie der Militärforschung hat der Geldgeber maßgeblichen Einfluss auf den Forschungsgegenstand wie auf die Nutzung und Verwertung der Forschungsergebnisse, die zudem in der Regel geheim gehalten werden.“ Auch Kalkowsky pflichtet dem bei. „Natürlich kann man am Ende vieles auch für andere Zwecke nutzen. Wenn man davor aber Menschenleben in Kauf nimmt, sollte man sich gut überlegen, ob es das wert ist“, argumentiert die Studierendenvertreterin für die Zivilklausel. „Und als drittgrößter Waffenexporteur sollte man sich klarmachen, dass die Forschungsergebnisse nicht nur von unserer Bundeswehr genutzt werden. Das Argument, dass wir ja keine aktiven Kriege führen, zieht aus meiner Sicht darum nicht“, so Kalkowsky weiter. Beispielsweise erhielt 2011 Saudi-Arabien 200 Kampfpanzer des Typs Leopard 2A7+ und hat die Lizenz, verschiedene Produkte des Rüstungsunternehmens Heckler & Koch zu produzieren. Trotz scharfer Kritik von Amnesty International wurden die Rüstungsexporte an das arabische Land noch nicht abgebrochen. Die Menschenrechtsorganisation amurtteilt unter anderem, dass Saudi-Arabien am aktivsten im Bürgerkrieg in Jemen interveniert – und dabei deutsche Waffen einsetzt. [fro]



Nach Plänen der Wissenschaftsministerin sollen Universitäten in NRW wieder militärisch forschen dürfen. (Foto: fro)

# Die Zukunft des europäischen Maschinenbaus



Die EMESCC findet 2017 zum ersten Mal seit langer Zeit wieder in Duisburg statt. (Foto: dav)

**Internationale Atmosphäre schwebt durch die Räumlichkeiten des Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) in Duisburg. Zum ersten Mal kam der European Mechanical Engineering Student Council Congress (EMESCC) nach Duisburg. Der Mix aus Workshops, Ausflügen und sozialen Aktivitäten wurde von den etwa 80 Studierenden aus Teilen Europas gut angenommen. Beinahe alles lief glatt – bis das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einen Tag vor dem Auftakt auf Nachfrage die Förderung absagte. Der Brief der Absage wurde vergessen abzusenden.**

Drei Jahre lang hatte der Fachschaftsrat Maschinenbau versucht, den EMESCC nach Duisburg zu holen. Auf der Tagung im vergangenen Jahr in Kopenhagen hat es endlich geklappt. Beim Abschlussplenum setzte sich die Fachschaft gegen London als Austragungsort durch. Ab diesem Zeitpunkt begann für das Organisationsteam die finale Planung. „Dann haben wir auch schnell gemerkt, was geht und was nicht geht“, erzählt Sven Unterberg, der zum Planungsteam gehört. „Parallel zur EMESCC finden zum Beispiel Messen statt, weswegen alle Hostels ausgebucht sind. Und in der Uni schlafen ist leider auch verboten, deswegen mussten wir auf Zelte zurückgreifen“, ergänzt er.

Das mit den Zelten gestaltete sich dann aber schwieriger als gedacht. Ein großes Festzelt wurde zur Unterbringung angemietet und am Campus aufgestellt. Im letzten Moment machte die Stadt bei der Abnahme den Schlafplänen einen Strich durch die Rechnung. Die Teilnehmenden haben sie dann in kleineren Zelten untergebracht, die von Pfadfinderstämmen und Feuerwehr bereitgestellt wurden. „Es ist echt cool, dass wir so nah bei der Konferenz schlafen können, aber es ist auch etwas kalt“, erzählt Milla Partanen aus Finnland, die an der Aalto Universität in Espoo studiert. Sie ist gemeinsam mit vier anderen Kommiliton\*innen angereist – mit dem Auto. 32 Stunden Fahrtzeit und

1600 Kilometer Strecke liegen hinter ihnen. Neben Teilnehmer\*innen aus Finnland und Deutschland sind Studierende aus Ungarn, Slowenien, Italien, Dänemark, Norwegen und Großbritannien nach Duisburg gekommen.

Von Mittwoch, 18., bis Sonntag, 22. Oktober, wurden für sie Workshops und Ausflüge organisiert. Milla kommt gerade aus einem Workshop, in dem es um Finanzierung ging. Gestern war sie bereits bei einem Vortrag zur Bologna Reformation und morgen will sie zu „How to EMESCC“ – „weil wir überlegen, die EMESCC nach Finnland zu holen“. Tatsächlich soll später auf dem Abschlussplenum die Aalto Universität als nächster Tagungsort ausgewählt werden. In anderen Workshops geht es beispielsweise um Refugee Integration, Erasmus, Recruiting oder Public Relations.

„Die Workshops bieten lehrreiche Inhalte, sind aber trotzdem unterhaltsam. Mir gefällt die Balance zwischen beidem sehr gut“, findet Asad Asad vom University College London. Er ist gemeinsam mit Tariq Mussein und sechs weiteren Kommiliton\*innen angereist. „Unsere größte Motivation, hierher zu kommen, war es, in Kontakt mit anderen Universitäten und Fachschaften im Maschinenbau zu kommen. Zu sehen, welche Ansichten sie haben und wie sie die Dinge anpacken“, sagt Tariq. Beide nehmen zum ersten Mal teil. Besonders gefallen hat ihnen der Ausflug in den Movie Park Böttrop. „Wir haben zuerst über die Maschinen gesprochen und konnten anschließend eine Runde fahren“, lacht Asad. Nächstes Jahr möchten sie wieder dabei sein.

Dass trotz sorgfältiger Planung immer etwas schiefgehen kann, musste das Organisationsteam kurz vor Beginn der Tagung feststellen. Die Bewerbung auf Fördermittel vom BMBF, die sonst Tagungen dieser Art unterstützen, wurde einen Tag vor Beginn abgesagt – erst auf Nachfrage. „Der Haushaltstopf sei leer, dabei wurde er dieses Haushaltsjahr sogar um 1,7 Milliarden Euro erhöht. Ich gehe aber eher davon aus, dass in diesem Haushaltsjahr einfach gar keine Tagungen mehr vom BMBF gefördert werden“, meint Sven. Im Mai war er auf der Deutschen Maschinenbautagung in Aachen – sie haben noch eine Förderung erhalten, haben sie jedoch im alten Haushaltsjahr, das bis April ging, beantragt. Danach habe es nur Absagen gegeben.

Jetzt fehlt ein Betrag von etwa 6000 Euro. „Wir werden an AStA, Fachschaftenkonferenz und Fakultät herantreten und erneut nach Geldern fragen müssen. Für uns natürlich unangenehm, da wir von diesen Stellen schon finanzielle Unterstützung erhalten haben. Schon jetzt stecken auch wir einen bestimmten Betrag aus der Fachschaft in die Tagung, den müssen wir jetzt eben auch erhöhen. Das führt dann aber leider dazu, dass uns diese Gelder dann bei der MINT-Party fehlen“, erklärt Sven. Auch auf der Sitzung des Studierendenparlaments am 19. Oktober wurde auf die Problematik aufmerksam gemacht. Da dort jedoch auch die Gelder erschöpft sind, bleibt nun noch der AStA. „Wir bekommen es auf jeden Fall irgendwie getragen“, gibt sich Sven zuversichtlich. [dav]

\* Zitate aus dem Englischen übersetzt

## Bilden

### Sophie Labelle in Essen



Die kanadische Comiczeichnerin und Trans\*aktivistin Sophie Labelle ist gerade auf Europatour – und macht auch in Essen Halt! Bekannt ist sie durch ihre Webcomic-Reihe Assigned Male, in der sie sich in bislang 350 Episoden mit alltäglichen Erfahrungen von Trans\*-mensen humorvoll und kämpferisch auseinandersetzt. Der Vortrag findet auf Englisch statt.

➤ **Mittwoch, 25. Oktober, 19 Uhr, Glaspavillon, Campus Essen, Eintritt frei**

## Begutachten

### Folkwang Neubau

Kunstfreund\*innen und -interessierte kommen mal wieder voll auf ihren Geschmack: Die Folkwang Universität der Künste eröffnet ihren Neubau Quartier Nord für den Fachbereich Gestaltung. Direkt im Schatten der Zeche Zollverein. Am Donnerstag in feierlich pompöser Manier mit Vorträgen und von Freitag bis Sonntag mit einem offenen Haus und Führungen.

➤ **Donnerstag, 26. Oktober, bis Sonntag, 29. Oktober, 12 bis 18 Uhr, Zeche Zollverein, Martin-Kremmer-Straße 21, Essen, Eintritt frei**

## Ballern

### Metanoia

Im Druckluft gibt's wieder was auf die Ohren. Gefangen zwischen Techno, House, Punk und Wave und schwingt die manifestierte Subkultur in eure Gehörgänge. Außerdem gibt es einen Floor des Mülheimer Independent-Labels Ana Ott. Ein schweißtreibender Abend ist garantiert. Wie immer im Druckluft gilt: Homophobie, Rassismus und Sexismus sind nicht willkommen.

➤ **Samstag, 28. Oktober, ab 23 Uhr, Druckluft, Oberhausen, Eintritt bis 0 Uhr 8 Euro, danach 10 Euro**

# Reformator oder Hassprediger?

**Er wird gefeiert für seine Stärke, seinen Mut und seinen Widerstand. Er gilt als großer Reformator, der sich gegen die katholische Kirche erhob und gegen den Ablasshandel kämpfte, die Bibel ins Deutsche übersetzte und so maßgeblich zur Entwicklung der deutschen Sprache beitrug. Die Rede ist von Martin Luther. Oftmals verschwiegen und relativiert wird jedoch sein Hass auf Andersdenkende, allen voran auf jüdische Menschen. Die Initiative Religionsfrei im Revier veranstaltete deshalb am Samstag, 21. Oktober, im Kulturbahnhof Bochum Langendreer eine Tagung zu Luther und übte Kritik am Reformator und der evangelischen Kirche.**

Lutscher, Playmobilfiguren und Kaffee im Luther-Design sowie Kondome mit dem Aufdruck der nie gesagten, aber oft zitierten Worte „Hier stehe ich. Ich kann nicht anders.“ kennzeichnen den Luther-Hype während der Lutherdekade von 2008 bis 2017. Ein ganzes Land, so erweckt es den Anschein, feiert einen Mann und greift dabei auf insgesamt 250 Millionen Euro Steuergelder zurück. Höhepunkt der Feierlichkeiten: Der Reformationstag wird 2017 einmalig zum bundesweiten Feiertag erklärt.

Referenten der Fachtagung waren unter anderem Hartmann Schimpf und Armin Schreiner, verkleidet als Martin Luther, die in einem gespielten Dialog vorführten, wer neben den jüdischen Menschen noch zu Luthers Feindbildern gehörte. Schimpf erklärt die Intention: „Wir werden auch weiterhin Luther beim Wort nehmen und ihn damit enttarnen.“ Nach diesem Motto arbeiteten auch die Referenten Karl-Heinz Büchner, Bernd P. Kammermeier, Reinhold Schlotz und Robert Zwilling, die gemeinsam in drei Bänden die judenfeindlichen Schriften Luthers ins heutige Deutsch übersetzt haben. Kammermeier erklärt: „Wir müssen diese Schriften bekannt machen“. Bisher habe man das womöglich aus gutem Grund nicht getan. „Wenn man Luther versteht, mag man ihn vielleicht nicht mehr“, sagt er zynisch.

## Zwischen Antisemitismus und Antijudaismus

Kammermeier stellt in seinem Vortrag „Luthers judenfeindliche Schriften“ zahlreiche Stellen vor, die seinen Hass belegen. Weil die jüdischen Menschen Jesus als Messias ablehnten, erklärt Luther: „Darum, wenn du einen richtigen Juden siehst, kannst du mit gutem Gewissen ein Kreuz schlagen und frei und sicher sprechen: Da geht ein leibhaftiger Teufel.“

Auch bezeichnete er sie als „stinkenden Abschaum“ und „verschimmelten Sauerteig“. Die „scharfe Barmherzigkeit“ aus „Von den

Juden und ihren Lügen“ sticht aber unter den Schriften besonders hervor. Luther rät darin unter anderem zum Anzünden von Synagogen, der Wegnahme religiöser Bücher und zur Zwangsarbeit. Die historische Bedeutung dieser Aussagen unterstützt Kammermeier mit zahlreichen Zitaten. Martin Sasse feierte Luther als den „größten Antisemiten unserer Zeit“. Und Hitler sagte: „Er war ein großer Mann, ein Riese. Mit einem Ruck durchbrach er die Dämmerung, sah den Juden, wie wir ihn heute erst zu sehen beginnen.“ Ein Zitat des Philosophen Karl Jaspers zieht eine klare Verbindung: „Was Hitler getan, hat Luther geraten, mit Ausnahme der direkten Tötung durch Gaskammern.“

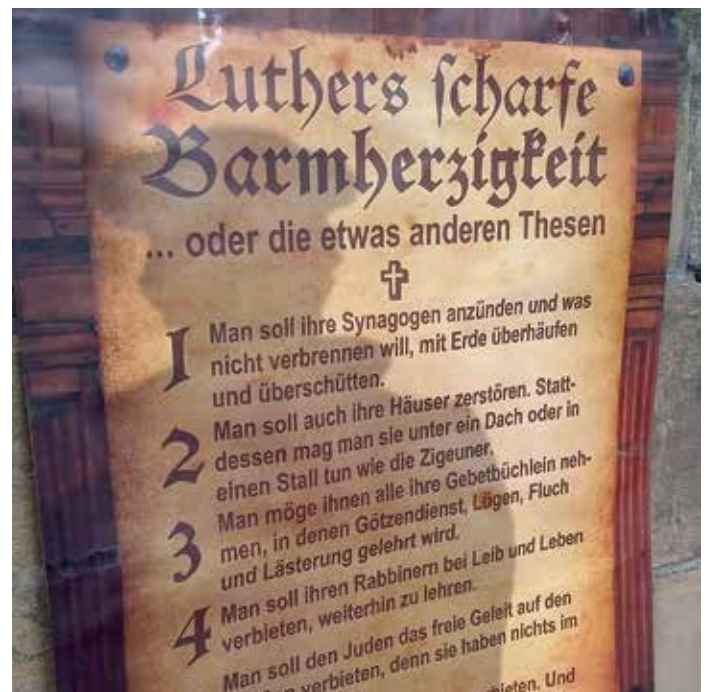
Während die einen Luthers Aussagen als klar antisemitisch bezeichnen, stuft die evangelische Kirche Luther als antijudaistisch ein. Pfarrerin Margot Käßman, Botschafterin der Reformationsdekade, vertritt zudem die Auffassung, Luthers Antijudaismus sei in der Kirche erst nach 1945 überwunden worden. 2013 äußerte sie sich auf die Frage, ob die Reformation mit einer toleranteren Einstellung Luthers anders verlaufen wäre: „Ich schätze Martin Luther sehr: seine Sprachkraft, seine Wortmächtigkeit und auch seine Sturheit, mit der er seine Sache mutig auch vorangebracht hat. Aber etwas mehr Toleranz hätte sicher nicht geschadet und nicht gleich die ganze Sache infrage gestellt.“

Zudem argumentiere die evangelische Kirche, Luthers Schrift „Dass Jesus Christus als Jude geboren wurde“ (1523) sei judenfreundlich. Referent Reinhold Schlotz kritisiert in seinem Vortrag „Guter Luther, böser Luther“, dass der Reformator darin aber die Bekehrung zum Christentum – die Judenmission – anpreise und diese aus jüdischer Sicht nicht judenfreundlich sei. Mit Luthers abschließender Aussage „Hier will ich's diesmal lassen bleiben, bis ich sehe, was ich gewirkt habe.“ stelle er zudem „diese ganze Judenfreundlichkeit unter einen zeitlichen Vorbehalt“, so Schlotz.

## Manipulation der Gesellschaft

Weiter geht Schlotz auf das Bild Luthers in der Gesellschaft ein und bietet eine Erklärung, warum viele Menschen Luther unkritisch gegenüber stehen. So kamen etwa mit *Luther*, 2003, und *Katharina Luther*, 2017, zwei Filme der Produktionsfirma Eikon über den

Reformator und seine Frau in Kino und Fernsehen. Während in *Luther* kein Wort über seine Einstellungen zu den jüdischen Menschen Erwähnung findet, werden diese in *Katharina Luther* bloß mit einem Nebensatz abgetan. Zudem sei „irritierend“, so Schlotz, dass sich Luther im Film von 2003 „liebevoll um ein behindertes Kind“ kümmert. „Das finde ich besonders dreist und geschmacklos, wenn man weiß, dass er behinderte Kinder als ein vom Teufel in die Wiege gelegtes, seelenloses Stück Fleisch bezeichnet, dass man ersäufen



Das 7-Punkte-Programm Martin Luthers gegen die Jüd\*innen erinnert an den Holocaust. (Foto: caro)

solle“, kritisiert Schlotz. Besonders interessant sei in diesem Zusammenhang der Aspekt, dass die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) Gesellschafter der Eikon ist und somit eine bewusste Manipulation und Beeinflussung eines Millionenpublikums erzeugt wurde.

Martin Budich von Religionsfrei im Revier führte anschließend durch das Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Zwar fänden sich hier neben den unkritischen Beiträgen auch Aufsätze wie „Populäre Irrtümer rund um die Reformation“ von Axel Gotthard, die einen differenzierten Blick auf Luther werfen. In ihrem eigenen Magazin (März 2017, Ausgabe 11) jedoch habe die bpb Luther als Helden für die Jugend inszeniert. Das Heft gilt als vergriffen, die pdf ist dennoch weiterhin online verfügbar.

Am Ende der Tagung steht für Budich fest, dass Luther ein Hassprediger gewesen sei. Er habe sich eine Bibelstelle genommen, darin seine Begründung gesehen, Hass entwickelt und mit dem Text argumentiert, er würde als Handwerkzeug Gottes handeln. [caro]

# Gefangen || Gefoltert || Geflohen



Zwölf Einzelschicksale aus hunderttausend – Opfer der türkischen Autokratie in einer Fotoausstellung. (foto:rat).

**Seit dem 15. Juli 2016 befindet sich die Türkei im Ausnahmezustand: Seit dem Militärputsch spaltet Präsident Recep Tayyip Erdoğan das Land mehr denn je. Während viele Anhänger\*innen des AKP-Chefs das harte Vorgehen gegen Regierungskritiker\*innen begrüßen, sehen sich diese oftmals gezwungen aus dem Land zu fliehen, um Haftstrafen und Folter zu entgehen. Nicht allen gelingt das. Unter dem Titel „Verfolgt – Gesichter des Ausnahmezustandes“ werden in einer Foto-Ausstellung in Duisburg noch bis zum 10. November zwölf Einzelschicksale von Menschen porträtiert, deren Leben in Folge des Putsches durch Verfolgung und Inhaftierung geprägt wurde. Es sind zwölf von über Hunderttausend.**

Gegen 22 Uhr am Abend des 15. Juli 2016 unterbrechen viele deutsche Nachrichtensendungen ihr Programm. Bilder, die im Fernsehen ausgestrahlt werden, zeigen durch Ankara rollende Panzer, gesperrte Straßen, hunderte Tote und Verletzte. Gegen die angeblichen Verursacher\*innen des Putsches sowie jene, die sich kritisch über die Regierung äußerten, wird fortan hart vorgegangen. So auch gegen Oktay Özdemir. Von heute auf morgen wird er als Terrorist bezeichnet.

## „Ich bin es schuldig, zu sprechen“

Der Lehrer und Unternehmensberater flieht nach Deutschland. „Dies war eine radikale Entscheidung. In ein Land zu gehen, dessen Sprache man nicht spricht, alles, was man sich aufgebaut hatte, zurückzulassen“, so Özdemir. In Duisburg findet er Unterschlupf in einer Geflüchtetenunterkunft. Für ihn war klar: „Ich möchte nicht schweigen. Den Menschen, die in

meinem Heimatland verfolgt werden, bin ich es schuldig zu sprechen“. Gemeinsam mit Ehrenamtlichen des Vereins Ruhrdialog und der Duisburger Flüchtlingshilfe entwickelte er die Idee, auf Schicksale anderer Türk\*innen aufmerksam zu machen.

Da ist zum Beispiel Gökhan Acikkolln, eines der ersten Todesopfer der menschenunwürdigen türkischen Haftbedingungen. Im Ausstellungsraum hängt ein schwarz-weißes Bild im Großformat von ihm. Eine Infokarte daneben erzählt seine Geschichte: Der Diabetes-Patient wurde so lange gefoltert, bis er den Wachleuten zugerufen haben soll: „Ich unterschreibe was ihr wollt, aber hört mit der Folter auf!“. Eine türkische Journalistin berichtet in einem Audiobeitrag, dass sich 27 Personen auf drei Zellen verteilen müssten, das Licht ständig an sei, sodass den Inhaftierten jegliches Zeitgefühl abhanden komme. Viele wissen nicht, warum sie überhaupt im Gefängnis sitzen. „Wir reden hier über 100.000 Leute, die in direkter Weise betroffen sind“, sagt Volkan Demirel von Ruhrdialog e.V., „viele sind in der Statistik nicht drin. Man schätzt so circa eine Million Leute, die in indirekter Weise betroffen sind“.

## Geschichten, die hängen bleiben

Darunter fallen auch knapp 16.000 Frauen, von denen einige unmittelbar nach der Entbindung ihrer Kinder – sozusagen direkt aus dem Kreißsaal heraus – verhaftet und gemeinsam mit ihren Säuglingen ins Gefängnis gesteckt wurden. Eine Statistik geht von 560 Kindern unter sechs Jahren und 14 unter einem Jahr aus. Es sind solche und ähnliche Geschichten, die die Fotoausstellung „Verfolgt – Gesichter des Ausnahmezustandes“ erzählt. Die Personen sind auf großen schwarz-weißen Bildern dargestellt, es sind private, teilweise auch öffentliche Bilder der Betroffenen. Manche sind verschwommen, andere wiederum scharf. Einige zeigen die Opfer vor der Verhaftung, es gibt aber auch solche, die sie während oder nach der Inhaftierung abbilden. Die Infokarten daneben geben Hintergrundinformationen, die durch einen Audioguide zusätzlich ergänzt werden.

Die Geschichten machen sprachlos, wütend, traurig. Für die Initiator\*innen der Fotoausstellung ist es wichtig eine Öffentlichkeit für das Thema zu schaffen. „Wir wollten es so gestalten, dass verschiedene Berufsgruppen vertreten sind“, erklärt Ülkü Özdaş, die sich bei der Ausstellung ehrenamtlich engagiert. Bei der Recherche für das Projekt gab es jedoch Probleme mit der Nachrichtenlage: „Es war schwierig an verlässliche Quellen zu kommen“, bestätigt Serdar Ablak von Ruhrdialog e.V. Mindestens zwei bis drei Nachrichtenquellen mussten sich unabhängig voneinander decken. Dabei orientierte man sich an türkischsprachigen Internetportalen, den letzten regierungskritischen Zeitungen sowie dem offiziellen Amtsblatt der türkischen Regierung. Viele für

das Projekt angefragte Personen seien aber auch nicht zum Gespräch bereit gewesen – aus Angst, was der Familie in der Türkei dann zustoßen könnte.

## Spaltung zwischen Türk\*innen

Aber nicht nur in der Türkei, auch in Deutschland habe sich der Tonfall zwischen Erdoğan-Anhänger\*innen und Kritiker\*innen verschärft. Das spüre man auch ein Jahr nach dem Putsch noch immer, erzählt die Ehrenamtliche Özdaş: „Es gibt Leute, die sich abwenden. Viele haben den Kontakt langsam abbrechen lassen“. Auch die Ausstellung polarisiert von Beginn an: Auf sozialen Netzwerken wären die Ehrenamtlichen als Vaterlandsverräter und Terroristen beschimpft worden. „Wir waren auf einmal die Schuldigen, obwohl wir nichts mit der Politik in der Türkei zu tun haben“, sagt Volkan Demirel.

Auch bei der Suche nach einer Räumlichkeit für die Ausstellung gab es Probleme: „Einige Vermieter haben uns gesagt, dass sie die Mehrheit der Türken nicht gegen sich haben wollen“, erzählt Özdaş. Vor zwei Wochen hätten zudem AKP-Anhänger\*innen vor dem Ausstellungsraum protestiert. Die türkische Nationalhymne sei gesungen, aus dem Koran rezitiert worden. Danach wären sie fluchend vorbeigezogen. Laut Aussage der Ehrenamtlichen sei der Duisburger Lokalpolitiker Bekir Sipahi, Vorsitzender der Partei Duisburger Soziale Politik und Mitglied im Duisburger Integrationsrat, Initiator der Demo gewesen. Ansonsten sei es während der Ausstellungszeiten jedoch eher ruhig – auch, was die Besucher\*innenzahl angeht. Hauptsächlich kämen Deutsch-Türk\*innen vorbei, um sich die Fotos anzusehen. „Wir hätten uns gerne mehr Menschen gewünscht, die tagsüber herkommen“, gesteht Demirel.

Bei den Veranstaltungen, die zusätzlichen angeboten werden, waren hingegen auch schon bis zu 40 Menschen anwesend. Manche verdrückten auch die ein oder andere Träne, sagt Demirel. „Es sind die Geschichten – mehr als die Bilder – die die Menschen treffen“. Noch bis zum 10. November können sich Interessierte über diese Geschichten, diese Schicksale informieren. An eine baldige Besserung der Situation in der Türkei glaubt derweil keine\*r der drei Ehrenamtlichen. Ülkü Özdaş ist zumindest der Meinung: „Das Volk muss was tun. Das Volk muss sich trauen was zu sagen“. [rat]

**Ausstellung: Universitätsstraße 40, Duisburg, Eintritt 3 Euro / ermäßigt 1 Euro mit Audioguide, dienstags bis freitags 14 -20 Uhr, samstags und sonntags 10 – 20 Uhr**

**Veranstaltungen: 27. 10: „Einschränkung der Pressefreiheit“ und am 10.11: „Akademiker auf der Flucht“, jeweils 18 bis 20 Uhr**

# Ein Zelt aufschlagen

**Zwei große Zelte umrahmen das Geschehen auf der Wiese vor der geschlossenen Uni-Bibliothek, dazwischen werden kleinere Stände mit Essens- und Trinkmöglichkeiten betrieben, teilweise bemalt oder als Chill-Out-Bereich konzipiert. Am Freitagabend, 20. Oktober, tanzten Studierende und Besuchende in diesem Ambiente ab 21 Uhr kostenfrei bei der „Circus Edition“ der Fisimatenten Uni-Party.**

Wenige Tage vor Beginn der Fisimatenten-Uniparty wurden mitten auf dem Essener Campus die Gerüste für das Zeltdorf aufgebaut. Am Freitagabend dann: Blaues Licht, schwingendes Haar, die Decke gewölbt, Techno, rote Wände aus Plane, Wiese, Skulptur mit Draht, Teigwaren, Glitzersteine, Leute in Grüppchen, das Bier zum Mund ansetzend. Die Körper bewegen sich in all dem, schweben zwischen Interaktionen. „Mir ist wichtig, dass es immer eine oder mehrere Besonderheiten gibt, sowohl visuell als auch beim Booking“, erzählt Penny Kubale, die im Büro „all den langweiligen und unspannenden, aber zwingend notwendigen Kram“ für die Party organisiert hat.

Sie ist Teil der „Flabbergast-Bande“, die seit einigen Jahren Parties in Kooperation mit dem AStA veranstaltet. Wichtig sei ihr, dass sich die dahintersteckenden Konzepte von kommerziellen Veranstaltungen abheben. „Ein Thema, ein durchdachtes Konzept, die Auswahl der Künstler\*innen, die künstlerischen und teilweise sehr aufwändigen Dekorationen und Installationen“, gehören für Kubale dazu. Sie möchte den Zugang zu „alternativem kulturellen Treiben“ ermöglichen, um „eigene Ideen wachsen zu lassen“.

Im großen Zelt erklang als Haupttakt der deutsche Techno-DJ Seth Schwarz, der 2016 das Fusion Festival bespielte – mit mehr als 120 Beats pro Minute und einer stabilen Kombination aus treibenden Bässen und sphärischen, heiteren Melodien. Das Technozelt drohte aus allen Nähten zu platzen. Im

kleineren Zelt wurde mit etwas mehr Raum zu weißen Lichtinstallationen auf 80s, Wave, Funk und HipHop getanzt. Ein Besucher beschreibt sich als entführt, aus der Uni gerissen, sobald er die Zelte betritt. Etwa 600 Personen rauschten im Laufe des Abends über das Spektakel, „jedes Mal verwirrt vom Stimmungswechsel im Gebäude zu den Toiletten, so der Besucher.“

## Wozu Feiern?

Einige Partygäste fühlten sich gestört von der hohen Securitypräsenz. Auch der Besuch der Polizei gegen fünf Uhr, um einer gemeldeten Ruhestörung nachzugehen, sowie der Facebook-Post einer Anwohnerin, die sich ironisch für die schlaflose Nacht bedankt, sind kleine Risse in der Partylaune. Es beweist, trotz der gefühlten Losgelöstheit von der Universität,



Momentaufnahme von der Party vergangenen Freitag. (Foto: Jonas Heidebrecht)

den gesellschaftlichen Rahmen, in dem Partys stattfinden.

Ob sie die Party politisch einordnet, beantwortet Partyteilnehmerin Franziska\* und spricht zuerst über die antidiskriminierende Aufforderung auf der Facebook-Veranstaltung. Es sei wichtig, dass sich alle eingeladen und geschützt fühlen, um eine Party überhaupt zu ermöglichen. Weiter sagt sie, dass eine politische Party auch bedeuten könne, ein gesellschaftliches Problem zu thematisieren, da auch politisch weniger Interessierte mit einem Thema in Verbindung kommen können. [lys]

\* Name von der Redaktion geändert

## Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

**Herausgeber:** AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht u.a.

**Projektkoordination:** Redaktionsschwein Ferdi

**Anschrift:** aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

**Comic:** Jennifer van de Sandt

**Gestaltung:** Alexander Bönninger

**Redaktion dieser Ausgabe:** Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleimann (lys), Dennis Pesch (dpe), Mirjam Ratmann (rat), Julia Segantini (seg), Lorenza Kaib (lenz), Britta Rybicki (BRIT)

**Vi.S.d.P.:** Philipp Frohn (fro)

**Auflage/Druck:** 3.000 / Megadruck, Westerstede

**E-Mail:** redaktion@akuell.de

**Web:** www.akuell.de

## HIRNAKROBATIK

7	2	5			6		4
		5	8	3	4		9
	8			2			1
			4		9	1	
8			7		2	5	3
					3		2
6	5		9	7	8	4	
			3		6		
	4	3	2	1	5		

## WOHNHEIMGESCHICHTEN

